

Neu-köllnisch **DIE LINKE. PDS**

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Diese Politik macht krank!

Die große Koalition will das Gesundheitssystem verändern. In der Praxis wird damit die solidarische Krankenversicherung weiter ausgehöhlt.

Die Versicherungsbeiträge sollen künftig an einen zentralen Gesundheitsfonds gezahlt werden. Aus diesem Fonds erhalten die Krankenkassen einen Pauschalbetrag von 150 Euro pro Monat für jeden Versicherten. Kassen, die mit diesem Betrag nicht auskommen, da sie einen höheren Anteil an älteren und krankheitsgefährdeten Menschen versichern, werden die fehlenden Beträge bei ihren Versicherten eintreiben.

Exklusiv

aus dem Abgeordnetenhaus



CDU/CSU und SPD wollen, dass das Krankengeld aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gestrichen wird - das soll sechs Milliarden Euro einsparen. Im Krankheitsfall des Beschäftigten zahlte bisher der Arbeitgeber den Lohn in den ersten sechs Wochen. Danach sprang die Krankenkasse ein.

Es ist zu befürchten, dass die abhängig Beschäftigten in Zukunft bei langer Krankheit überhaupt kein Geld mehr bekommen.

Im Gesundheitssystem dürfen nicht Leistungen gestrichen werden, sondern Einnahmen müssen erhöht werden. Ein Gesundheitssystem, das die flächendeckende, wohnortnahe und bedarfsgerechte medizinische Versorgung der gesamten Bevölkerung sichern soll, muss von der gesamten Bevölkerung finanziert werden. Alle mit eigenem Einkommen, also auch Beamte, Politiker, Freiberufler, usw. sollen in die Krankenversicherung einzahlen. Damit wird perspektivisch die Trennung von Privater (PKV) und Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) aufgehoben. Dies wäre ein erster vernünftiger und notwendiger Schritt.

Elke Breitenbach, MDA

Linke legt Eckpunkte zu Gesundheitsreform vor

Bundestagsfraktion beschließt Alternativkonzept



Anfang Juli tagte die Bundestagsfraktion der Linken in Rostock und verabschiedete Rostocker Eckpunkte für eine Bürgerversicherung.

Foto: Archiv

Mit ihren Eckpunkten legt die Linksfraktion eine Alternative zu den aktuellen Beschlüssen von CDU/CSU und SPD zur Gesundheitsreform vor. Grundsätzlich sollen alle Einkommen zur Beitragszahlung in der gesetzlichen Krankenkasse herangezogen werden. Wie Gysi im Anschluss an die dreitägige Klausur vor Journalisten erläuterte, ist weiter vorgesehen, die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise zu erhöhen. Perspektivisches Ziel sei deren gänzliche Abschaffung. Einseitige Belastungen der Versicherten wie Praxisgebühr und Zuzahlungen sollen zurückgenommen werden. Lafontaine wörtlich: »Es kann nicht sein, dass sich gerade Menschen mit hohem Einkommen weiterhin aus der Solidarität verabschieden können, indem sie in private Krankenkassen wechseln.«

Im Mittelpunkt des Konzepts steht daher die Ausweitung des Versichertenkreises und eine gerechte Finanzierung. Grundsätzlich sollen alle Einkommen zur Beitragszahlung in der gesetzlichen Krankenversicherung herangezogen werden; die Beitragsbemessungsgrenze wird schrittweise erhöht und perspektivisch ganz aufgehoben. Einseitige Belastungen der Versicherten, wie Praxisgebühren und Zuzahlungen sollen zurückgenommen werden. Um kapitalin-

tensive Unternehmen angemessen an der Finanzierung zu beteiligen, will die Fraktion das Konzept einer Wertschöpfungsabgabe zur Debatte stellen.

Um die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung kurzfristig zu sichern, fordert die Fraktion, den Bundeszuschuss aus der Tabaksteuer beizubehalten, die Kürzungen aus der Beitragsverzahlung für Arbeitslose aufzuheben und den Steuersatz für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel den sieben Prozent zu ermäßigen.

Auch im Land Berlin findet die so genannte Gesundheitsreform wenig Beifall bei den Linken. Heidi Knake-Werner, Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, erklärte »Die Große Koalition hatte die anstehende Reform mit zwei wesentlichen Zielen angekündigt. Die Beiträge der Gesetzlichen Krankenversicherung sollten sinken und die Gesundheitskosten insgesamt vom Faktor Arbeit abgekoppelt werden. Beide Ziele wurden glatt verfehlt. Die Zeche zahlten wieder einmal die Versicherten. Die seit Jahren bekannten Strukturdefizite und Kostenfallen im Gesundheitssystem hingegen bleiben weitgehend unangetastet. Gegen diese Politik wird sich die Linke im Bund und im Land im Sinn der Betroffenen engagieren.

Christoph Nitz

Bericht von der BVV-Sitzung am 28. Juni

Ein letztes Mal vor der Wahl

Bürgermeister Heinz Buschkowsky bedankte sich bei allen Verordneten für die geleistete Arbeit in der letzten Legislaturperiode. Da wir nicht aus Eigennutz, sondern im Auftrag der Neuköllner Bürger handeln, werden wir den Lohn dieser Arbeit am Wahlabend erhalten.

Einige Verordnete, die sich nicht mehr zur Wahl stellen, wurden verabschiedet und allen anderen wünschte er erfolgreiche Wahlen.

In den vielen mündlichen Anfragen wurden plakative und auch provokante Fragen gestellt. Es ist Wahlkampf und damit normal. Viele Bürger haben das wohl geahnt. Es waren deutlich weniger Gäste auf der Tribüne wie sonst.

Besprechung

Zwei Anträge wurden besprochen. Zum einen wollte die CDU sich nicht damit abfinden, dass das Singen der Nationalhymne zur Konstituierung der BVV nicht in die Geschäftsordnung aufgenommen wird.

Wo doch im Zuge der Fußball-WM, angeblich ein neuer Nationalstolz ausgebrochen sei und selbst Lucas Podolski singe stolz die Hymne. Da könne man nicht zurück stehen.

Die CDU beschwor die Verordneten, diese sei ein wichtiges politisches Signal. Der Antrag wurde durch die Stimmen der Zählgemeinschaft abgelehnt, da Hymnen in einer BVV nichts zu suchen haben.

Der zweite Antrag „Keine Ausdehnung von Hartz IV-Sanktionen auf die Kosten der Unterkunft“ rief den Unmut der CDU hervor. Wer sich mehrfach weigere eine Arbeit anzunehmen, der darf kein Geld mehr bekommen, auch nicht für die Unterkunft. Das Argument, dass solche Maßnahmen nur eine Kostenumverteilung auf die Kommunen

seien, ließen sie nicht gelten. Meine Frage, ob wir dann in Neukölln mehr Obdachlosenheime oder Brücken bauen bzw. die Lauben in den Kleingärten zur Dauerbewohnung freigeben sollten, oder großstadtypische Slums „einrichten“ sollten, beantworteten sie nicht. Ihre Argumentation lief immer nur auf Verschärfung der Sanktionen hinaus. Woher sollen eigentlich die ganzen Arbeitsplätze kommen, die permanent verweigert werden?

Der Antrag wurde gegen die CDU und FDP angenommen.

Bemerkung

Wir haben versucht, unsere Leser immer aktuell zu informieren, was im Bezirksparlament Neuköllns abläuft und wir hoffen auch einige Bürger neugierig gemacht zu haben, so eine Sitzung live mitzuerleben.

Jetzt liegt der Ball vor Ihnen. Am 17. September werden die Karten neu gemischt, auch in Neukölln. Entscheiden Sie selbst, wer ihre Interessen vertritt und sich für ihre Probleme einsetzen soll. Wem trauen Sie zu, die Geschicke

des Bezirkes für die nächsten fünf Jahre in Ihrem Sinn in die Hand zu nehmen?

Einladung für den Wahlabend

Am Wahlabend werden wir ab 17.30 Uhr im Rathaus den Ergebnissen der Wahl entgegen feiern. Wir laden sie dazu recht herzlich ein.

Sylvia Stelz

Fraktionsvorsitzende

Bericht
aus der



Bezirks-
verordneten-
versammlung

Anträge – Was wurde daraus?

Beschlossen

- Änderung der Geschäftsordnung
- Gründung einer Energiepartnerschaft (Grüne)
- Gehwegparken im Rohrdommelweg (SPD)
- Tempo 30 im Töpchiner Weg (Grüne)
- Pädagogen über Gewaltdelikte informieren (FDP)
- Keine Ausdehnung von Hartz IV-Sanktionen auf die Kosten der Unterkunft (Linke.PDS)

Schlussberichte

- Mittelstand nicht gefährden – Ein-Euro-Jobs richtig einsetzen (CDU)
- Konzept für ältere Migranten (SPD)
- Konzept Sozialamt (Linke.PDS)
- Hartz IV Rahmenvereinbarung umsetzen (Grüne)
- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Linke.PDS)
- Brandschutzaufklärung in Neuköllner Schulen (CDU)
- Wahlwerbung nicht sinnlos behindern (Grüne)
- Verkehrssituation auf der Kreuzung Seidelbastweg/Stubenrauchstraße/Kanalstraße (SPD)
- Schüler-Transport (SPD)

* Alle Anträge sowie die Unterlagen zur BVV können im Fraktionsraum A 307 im Rathaus und in der Geschäftsstelle am Richardplatz eingesehen werden.

Die Geschäftsstelle am Richardplatz 16,
12055 Berlin ist in der Zeit vom

3. bis 22. Juli 2006*
geschlossen.

* Angekündigte Veranstaltungen finden statt.

Für eine solidarische Bürgerversicherung

Positionen der Linkspartei.PDS zur Gesundheitspolitik

Seit Jahren laufen die so genannten ›Reformen‹ des Gesundheitssystems immer auf dasselbe hinaus: Die Patientinnen und Patienten werden zur Kasse gebeten, gleichzeitig werden immer mehr Leistungen aus dem Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung gestrichen. Durch die konsequente Bevorzugung der privaten Krankenversicherungen ist in Deutschland mittlerweile eine Zwei-Klassen-Medizin entstanden. Die Regierung versucht wie immer, die Reformen als notwendig und unumgänglich hinzustellen. Doch es gibt durchaus Alternativen, die nicht zu Lasten der Patientinnen und Patienten gehen.

Mit dem Konzept einer solidarischen Bürgerversicherung hat die Linkspartei.PDS eine solche Alternative vorgelegt. Die Idee: Alle Berufsgruppen und Einkommensarten werden in die gesetzliche Krankenversicherung und die Pflegeversicherung einbezogen. Gerade Besserverdienende, die bisher in die private Krankenversicherung ausweichen konnten, würden so an der Finanzierung eines solidarischen Gesundheitssystems beteiligt. Ein weiterer Eckpfeiler des Modells ist die paritätische Finanzierung, die derzeit auf der Kippe steht. Um die Lasten gerecht zu verteilen, sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber glei-

chermaßen an den Kosten zu beteiligen.

Die Finanzierung ist aber nur die eine Seite. Auch das Gesundheitssystem selbst muss reformiert werden, wenn es effizient arbeiten soll. Das bedeutet zum Beispiel, die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen so zu gestalten, dass die Beschäftigten ihrer Verantwortung für die Patientinnen und Patienten auch nachkommen können. Dem vor allem in Ostdeutschland spürbaren Ärztemangel könnte mit Modellen wie Ärztehäusern und Gemeindeschwesterstationen begegnet werden, die finanzielle Anreize zur Ansiedlung in dünn besiedelten Gebieten einschließen.

Armut macht krank

Etwa 13 Prozent der Neuköllnerinnen und Neuköllner müssen mit weniger als 500 Euro im Monat auskommen. Zwischen Armut und Gesundheit gibt es einen engen Zusammenhang. Viele Studien zeigen, dass arme Menschen häufiger krank sind und früher sterben. Das zeigt sich besonders in Bezirken, wie Neukölln, in denen viele sozial schwache Menschen leben.

Eine Möglichkeit, diesen Zusammenhang aufzuzeigen, ist die Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung. In Neukölln liegt sie 0,7 Jahre niedriger als in Gesamt-Berlin, in Friedrichshain-Kreuzberg sogar 2,0 Jahre niedriger. Auffällig ist, dass hingegen in anderen Bezirken, in denen die soziale Lage der Menschen insgesamt weniger prekär ist, die Lebenserwartung über dem Durchschnitt der Stadt liegt. So leben die Bewohner in Wilmersdorf oder Treptow-Köpenick durchschnittlich 1,5 Jahre länger.

Die Einflussfaktoren dafür sind vielfältig. So ist Alkoholabhängigkeit in sozial benachteiligten Gebieten besonders hoch und somit auch die Gefahr von Lebererkrankungen. Auch der Zigarettenkonsum und damit das Risiko für Lungenerkrankungen, spielt eine größere Rolle. Die psychische Belastung ärmerer Menschen steigt. Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit führe bei vielen Menschen zu Depressionen.

Kinder aus ärmeren Familien sind besonders betroffen. Schlechte und unausgewogene Ernährung kann zu Diabetes und Übergewicht führen. Zu viel Fernsehen, zu wenig Bewegung und kaum Vorsorgeuntersuchungen beim Kinderarzt sind weitere Gründe für eine schlechtere Gesundheit.

Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, brauchen wir mehr gesundheitliche Aufklärung nicht nur in der Schule, sondern auch für die Eltern. Aber oberstes Ziel muss die Bekämpfung der Armut sein.

Julia Wiedemann

Was bringt die Gesundheitsreform?



Reform heißt meistens, dass die Bürger mehr zahlen müssen
Foto: Archiv

Nach monatelangem Ringen haben sich CDU/CSU und SPD auf eine weitere Reform des Gesundheitssystems geeinigt. Dabei haben sich beide Parteien von ihren noch im Wahlkampf propagierten Modellen verabschiedet – die Christdemokraten von der Kopfpauschale, die Sozialdemokraten von der Bürgerversicherung. Herausgekommen ist das Konzept eines Gesundheitsfonds, das von niemandem so recht gewollt ist, nicht einmal von den Regierungsparteien selbst.

Aus diesem Gesundheitsfonds sollen die Krankenkassen für jeden Versicherten einen bestimmten Beitrag erhalten, dazu eine Ausgleichszahlung, die abhängig ist von Alter und Krankenstand der Versicherten. Der Fonds soll durch Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge und Steuermittel finanziert werden. Kassen, die damit nicht auskommen, dürfen einen zusätzlichen Beitrag erheben, womit gleichzeitig der Wettbewerb verschärft werden soll.

Der Gesundheitsfonds betrifft allerdings nur die gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Die Privaten Versicherer bleiben außen vor. Sie werden durch die Reform lediglich dazu verpflichtet, einen Basistarif anzubieten, der dem der GKV entspricht.

Um die Kosten des Gesundheitssystems aufzufangen, werden die Kassen ihre Beiträge im kommenden Jahr erneut anheben – durchschnittlich um einen halben Prozentpunkt. Völlig unklar ist noch, woher die Steuergelder kommen sollen, mit denen in erster Linie die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern finanziert werden soll. Die Kosten dafür belaufen sich immerhin auf 16 Milliarden Euro. Dennoch hat Bundeskanzlerin Angela Merkel weitere Steuererhöhungen ausgeschlossen – bis jetzt.

Auch weitere Strukturreformen wurden vor allem unter dem Gesichtspunkt der Kostenreduktion beschlossen. So werden unter anderem Höchstpreise für Medikamente vereinbart. Das Punktwertesystem, mit dem Ärzte bislang ihre Leistungen abrechneten, wird durch ein neues Abrechnungssystem mit Pauschalpreisen abgelöst. Die Krankenkassen bekommen mehr Möglichkeiten, mit Ärzten über Leistungen und Preise zu verhandeln. Zudem müssen sie bestimmte Hausarzttarife anbieten.

Aber nicht nur die Finanzierung des Gesundheitssystems wird umgekrempelt. Auch der Leistungskatalog der Kassen wird noch einmal beschnitten. Das Krankengeld soll aus dem Katalog gestrichen werden, was 6 Milliarden Euro bringen soll. Für Komplikationen in Folge von Schönheitsoperationen, Piercings und Tätowierungen kommen die Kassen künftig ebenfalls nicht mehr auf. **Christian Posselt**

Globalisierungspolitik – ein Weg in die Zukunft?

Der neue SPD-Generalk Hubertus Heil wirft uns Linken Realitätsverweigerung vor. Was meint er? Ein Stillhalten zur unsozialen Politik? Wir sollen uns anpassen. Der SPD-Kurs nach ihren Wahlschlappen endete in ein Mitregieren in der Großen Koalition im Bund, Sachsen und nun auch in Sachsen-Anhalt. »So verlangt es der Wählerwille«, ist hierzu die Rechtfertigung. Dass die Linke, sich dieser »Realität« verweigert und Alternativ-Schritte benennt, passt offensichtlich nicht ins Konzept.

Sozialisten stehen zu Marx

Mit seinem »Kapital« beschrieb der große deutsche Philosoph, Historiker und Ökonom, das sich vollziehende gesellschaftliche Geschehen, mit dem Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit. Marx benannte die objektiven Gesetze der Jagd nach Profit und veranschaulichte, dass zur Sicherung ihres Profits, der Kapitalist nicht vor Kriegen zurückschrecken wird. In der Vergangenheit und Gegenwart wird uns täglich die Wirkung dieses Gesetzes vor Augen geführt.

Mit Blick auf die Abgeordnetenhauswahl am 17. September sei auf die Wahlkampfrede von Jacob Kaiser 1946 hingewiesen. Der CDU-Politiker verlangte damals nach einem »Christlichen Sozialismus«. Kaiser benannte zwei dominierende Ströme, das Christliche und den Marxismus. Er benennt auch das Versagen der deutschen Industrie-Bosse, die fleißig mithalfen den Weg der Welteroberung Hitlers für sich zu nutzen. Sie tragen eine Mitschuld am Krieg und seinen Folgen. Nach dem Krieg behielten sie meist ihre Vermögenswerte. Herrn Adenauer gefiel der Aufruf zum »Christlichen Sozialismus« aus der alten Hauptstadt Berlin nicht. Er piff seinen »Jacob« zurück.

Zurück zu Marx

Er verwies auf das objektiv wirkende Gesetz (es wirkt unabhängig vom subjektiven Bestreben) des tendenziellen Falls der Profitrate. Wenn wir die Globalpolitik betrachten, so geht sie nicht nur einher mit

verstärkter Ausbeutung und Freisetzung von Arbeitsplätzen, sie sprengt den Rahmen errungener sozialer Sicherungen. Mammut-Fusionen, auch noch steuerlich begünstigt, stehen auf der Tagesordnung. Es wird nicht gefragt, arbeitet der Betrieb rentabel, es gilt nur noch das Einverleiben und die Ausschaltung der Konkurrenz. Das jüngste Beispiel zeigt Schering, das von Bayer-Chemie geschluckt wird, nachdem beim Machtpoker der Pharmakonzern Merck auf der Strecke blieb. Dennoch verdient Merck an diesem Schering-Deal 400 Mio. Euro, durch Spekulation mit Schering-Aktien. Ein Milliarden-Deal, der als erstes 500 Kollegen in Berlin den Arbeitsplatz kosten wird.

Bei diesem Machtpoker räumte der Regierende Bürgermeister Berlins ein, machtlos zu sein. Der Senat sei nicht in der Lage einen Einfluss zu nehmen. »Da wir nicht Verhandlungspartner sind, können wir auch keine Bedingungen stellen.« Das heißt, die Politik ist zum Stillhalten verurteilt, wenn die Wirtschaft ihre Geschäfte tätigt. Bayer verspricht den Hauptsitz des neuen Konzerns in Berlin anzusiedeln. Jedoch steht die Entlassung von 6.000 Kollegen, auch in Berlin, an. Hier darf die Politik nicht schweigen.

Mit dieser »Realität« dürfen wir uns nicht abfinden. Wovoreit sollte sich an Edzard Reuter erinnern, wenn dieser sagt: »Ja es tauchen zunehmend ernst zu nehmende Stimmen und Zweifel auf, ob diese Art globaler Kapitalismus, wie er Anfang der 90ziger Jahre in den USA seinen Anfang nahm, eine unabwendbare historische Logik hat. Die Diskussion, was zu tun ist, um zu zügeln, wird stärker und dringender.«

Wir Linken sehen in dieser Aussage einen Aufruf zum Handeln, um nicht der Verlierer zu sein, der zuschauen muss, wie Arbeitsplätze auf der Strecke bleiben.

Werner Gutsche

Termine der Linke.PDS

Bezirksvorstand
28. Juni, 17 Uhr
Richardplatz 16

Fraktionsitzung
BVV-Ferien

BVV
BVV-Ferien

Info-Stände
15. Juli, 10 Uhr
Alt-Rudow
22. Juli, 11 Uhr
Kindl-Boulevard

Wahlaktiv
28. Juni, 15 Uhr
Richardplatz 16

Junge Linke
19. Juli, 19 Uhr
Richardplatz 16

AG Migration
14. Juli, 17 Uhr
Richardplatz 16

AG Kultur
11. Juli, 19 Uhr
Lesewerkstatt, Kaktusblüte
Emser Straße

AK ErWiN
11. und 25. Juli, 11 Uhr
Erwerbslosenfrühstück
4. und 18. Juli, 17 Uhr
Arbeitstreffen
Richardplatz 16

Neuköllner Termine für Juli

Saalbau Neukölln
12. bis 16. Juli, 20 Uhr
Sommerstück No.20 Goldoni/Mozart

Jugendverkehrsschule
12. Juli, 10-14 Uhr
Sommerfest, Wörnitzweg 5

Hufeisensiedlung
15. Juli, 14 Uhr
Nationales Hufeisen-Rad-Rennen

Stadtbibliothek
20. Juli, 18 Uhr
Ausstellungseröffnung: Linolschnitte von Schoko Casana Rosso

Jugendgalerie
26. Juli, 18 Uhr
Ausstellungseröffnung: Fotografien von Christian Putze

IMPRESSUM

»Neu-köllnisch« erscheint 10x im Jahr.

Herausgeber: Linke.PDS Berlin,
Auflage dieser Ausgabe: 1.500

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz
Geschäftsstelle Neukölln, Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 6 13 59 19
Redaktionsschluss: 30. Juni 2006

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen
nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich im Juni

Claudia Kittner, Isik Kalkan,
Norbert Meyerhöfer, Florian Riehle,
Torsten Skott, Udo Terfloth,
Udo Wolf